



BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH

Essen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021

BGZ GESELLSCHAFT FÜR ZWISCHENLAGERUNG MBH, ESSEN

I. Grundlagen des Unternehmens/der Gruppe

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen, (BGZ), ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

Die Aufgabe der BGZ ist die Erfüllung der Aufgaben eines mit der Zwischenlagerung beauftragten Dritten nach § 2 Abs. 1 Entsorgungsübergangsgesetz. Dazu gehören insbesondere die sichere Zwischenlagerung radioaktiver Reststoffe und Abfälle; die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Ingenieurleistungen und Transportleistungen im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung radioaktiver Reststoffe und Abfälle; die Beauftragung, Durchführung und Begleitung von damit in Zusammenhang stehenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten; Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sowie sonstige Tätigkeiten, die mit den vorgenannten in Zusammenhang stehen.

Der Auftrag der BGZ ergibt sich aus dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung. Damit wurden Ende 2016 die Verantwortlichkeiten für die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle neu geregelt: Die Betreiber der Kernkraftwerke sind nach diesem Gesetz für deren Stilllegung und Rückbau sowie die fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle zuständig. Die Durchführung und Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung liegt in der Verantwortung des Bundes.

Die Kernkompetenzen der BGZ mbH und der BGZ-Gruppe umfassen im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Lagerdienstleistungen
- Ingenieurdienstleistungen.

Die BGZ hält eine jeweils 100-prozentige Beteiligung an der Brennelementlager Gorleben GmbH, Gorleben, (BLG) und an der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH, Ahaus, (BZA).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) berichtet in seinem Konjunkturbericht 72 (4) von Dezember 2021, dass sich die deutsche Wirtschaft im Sommerhalbjahr weiter von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise erholt hat. Hingegen fiel die Expansion des BIP im dritten Quartal schwächer aus als erwartet. Hauptsächlich bedingt durch die sich verschärfenden Lieferengpässe, liegt die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe weiter unter dem Vorkrisenniveau. Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen hat sich der private Konsum kräftig ausgeweitet.

Durch die erneuten Einschränkungen erwartet das RWI für die wirtschaftliche Erholung von der Corona-Pandemie im Winterhalbjahr erneut einen Dämpfer. Erst ab dem Frühjahr 2022 wird, mit Rückgang der Zahl der Neuinfektionen, mit einer Entspannung der Lage gerechnet. Die Produktionshemmnisse dürften nach und nach überwunden werden.

Das Institut erwartet für 2021 im Jahresdurchschnitt eine Ausweitung des BIP um 2,8 %.

Insgesamt prognostiziert das RWI-Leibniz-Institut einen Anstieg des BIP um 3,9 % für 2022 und 2,5 % im Jahr 2023.



Die deutsche Energiepolitik ist weiterhin von den erneuerbaren Energien, der eingeleiteten Energiewende allgemein sowie dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle geprägt. Aufgrund des „Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ vom 27.01.2017 (BGBl. I S. 114, 1222), in Kraft getreten gemäß Artikel 10 Standortauswahlgesetz (StandAG) am 16.06.2017, haben sich Zuständigkeiten und Verantwortungen beim Bund, den deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) und der BGZ verändert. Die bereits eingeleitete und noch bevorstehende schrittweise Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland und der anschließende Rückbau der Anlagen wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren auch weiterhin stark beeinflussen.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 hat die BGZ die Betriebsverantwortung für das neu gebaute Abfall-Zwischenlager am Standort Grafenrheinfeld BeHa* (AZR) übernommen. Mit der Übernahme kommt die BGZ ihrem gesetzlichen Auftrag zur sicheren Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle nach.

* Die Lager werden bei der BGZ unter neuer Bezeichnung geführt.

Mit dem im Berichtsjahr fortgesetzten Stellenaufbau wurden und werden sukzessive die Voraussetzungen für einen von den Kraftwerksbetreibern unabhängigen Lagerbetrieb geschaffen. Für die Herstellung eines autarken Zwischenlagerbetriebes an den Kraftwerksstandorten wurden von der BGZ die notwendigen Maßnahmen weiterverfolgt bzw. die entsprechenden Investitionen getätigt. An den Zwischenlagerstandorten für hochradioaktive Abfälle, bei denen eine Nachrüstung noch nicht erfolgt ist, wurden die Bauarbeiten bzw. Planungen und Genehmigungsverfahren fortgeführt.

Bei der BGZ waren in 2021 durchschnittlich rd. 492 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Die BGZ führt die von den Kraftwerksbetreibern zum 01.01.2019 übertragenen elf genehmigten dezentralen Standortzwischenlager für hochradioaktive Abfälle bzw. die ab 2020 übertragenen Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle als Betriebsstätten der BGZ.

Die zentralen Zwischenlager Ahaus und Gorleben werden, wie auch schon vor der Übertragung auf die BGZ, als Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben. Das Personal hierfür wird von der BGZ vorgehalten und die Lager werden im Rahmen von Betriebsführungsverträgen geführt. Die BGZ führt regelmäßig vor Ort den Dialog mit den Stakeholdern und berichtet über die Tätigkeiten an den Standorten. Darüber hinaus plant und errichtet die BGZ im Auftrag des BMUV das Logistikzentrum für das Endlager Konrad (LoK).

Die derzeitige und künftige Finanzierung des Zwischenlagerbetriebs der BGZ-Gruppe ist durch die Finanzierung der laufenden Kosten über den genehmigten Bundeshaushalt jederzeit sichergestellt.

Forschung und Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2021 wurde ein Forschungsprogramm zur Klärung von für die Zwischenlagerung relevanten Fragestellungen ausgearbeitet und im Rahmen des zweiten Fachworkshops Zwischenlagerung der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Die auf Basis des Forschungsprogramms initiierten Projekte im Zusammenhang mit Behältern und Inventaren werden wesentliche Bausteine der Genehmigungsverfahren für die verlängerte Zwischenlagerung sein. Einen Schwerpunkt der Forschung der BGZ bilden dabei die Untersuchungen an den Metaldichtungen der Behälter (MSTOR - Metal Seals during long-term Storage) und die Langzeituntersuchungen an Brennstäben (LEDA - Longterm Experimental Dry storage Analysis). MSTOR dient dem Nachweis der Behälterdichtheit über lange Zeiträume. Die Laufzeit des Projektes ist auf mindestens 10 Jahre ausgelegt. Im Rahmen des Projektes LEDA werden in den Laboren von der Firma Studsvik AB in Schweden bestrahlte Brennstabsegmente unter Bedingungen der trockenen Zwischenlagerung untersucht. Die mehrjährigen Untersuchungen finden im engen Austausch mit nationalen und internationalen Partnern aus Wissenschaft und Industrie statt und dienen dem Nachweis des Brennelementeverhaltens.

Im Rahmen des Forschungsprogramms ist vorgesehen, weitere Forschungsvorhaben mit Partnern aus der Forschung und Industrie - beispielsweise im Bereich der nichtinvasiven Zustandsüberwachung von Brennelementen in Transport- und Lagerbehältern (Myonentomographie) - umzusetzen.

Der Forschungsaufwand belief sich in 2021 auf 0,9 Mio. €

3. Lage des Unternehmens/Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen/BGZ-Gruppe

Die Finanzierung der Aufwendungen zur Durchführung der Aufgaben der BGZ erfolgt auf der Grundlage des jährlichen, vom BMUV genehmigten Wirtschaftsplans. Ein Aufwendungsüberhang, der aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Dritter nach § 2 Abs. 1 EntsorgÜG resultiert, wird vom BMUV vollständig ausgeglichen. Im Berichtsjahr wurden der BGZ-Gruppe 204.412 T€ für laufende Kosten und 65.147 T€ für Investitionen erstattet. Primäres Ziel der BGZ ist die sichere Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen. Dabei hat die Gesellschaft die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nach § 7 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung (BHO) zu beachten.

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2021 €	2020 €
Umsatzerlöse	5.729.548,28	6.192.480,99
Andere aktivierte Eigenleistungen	5.815.077,02	3.594.848,11
Sonstige betriebliche Erträge	215.801.147,54	241.874.914,32
Materialaufwand	128.809.440,80	152.442.957,65



	2021 €	2020 €
Personalaufwand	44.576.897,78	36.792.254,76
Abschreibungen	5.782.440,89	5.892.373,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.775.257,61	39.543.151,71
Zinsergebnis	-8.934.588,38	-7.247.737,43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.090.931,85	9.404.231,94
Ergebnis nach Steuern	376.215,53	339.537,93
Sonstige Steuern	137.371,50	112.482,40
Jahresüberschuss	238.844,03	227.055,53

Die Umsatzerlöse entfallen im Wesentlichen auf die Bereiche Lagerdienstleistungen mit 4.857 T€ und auf Ingenieurdienstleistungen mit 639 T€.

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres in Höhe von 204.412 T€.

Der Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.166 T€) sowie bezogene Leistungen (127.643 T€).

Der Personalaufwand beinhaltet neben den Löhnen und Gehältern sowie den Sozialabgaben die Aufwendungen für Altersversorgung (2.273 T€).

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen des Anlagevermögens belaufen sich auf 5.782 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen mit 8.207 T€ auf Rückstellungszuführungen, 4.788 T€ auf Wartungs- und Instandhaltungskosten, 2.994 T€ auf Aufwendungen für Ansiedlungsverträge, 3.057 T€ auf Mietaufwendungen, 2.002 T€ auf Energieaufwendungen sowie 1.599 T€ auf EDV-Dienstleistungen.

Das negative Zinsergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen (-8.945 T€).

Insgesamt wurde ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 376 T€ erzielt. Nach Abzug der sonstigen Steuern in Höhe von 137 T€ beläuft sich der Konzern-Jahresüberschuss auf 239 T€.

Das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2021 war insgesamt positiv.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Anlagevermögen	40.644.328,15	46.426.767,90
Umlaufvermögen, RAP und UB a. d. Vermögensverrechnung	134.419.925,67	193.873.558,81
Bilanzsumme	175.064.253,82	240.300.326,71
Eigenkapital	3.013.096,50	2.774.252,47
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	37.680.877,72	43.481.126,64
Rückstellungen	122.002.207,81	167.554.562,54
Verbindlichkeiten und passive latente Steuern	12.368.071,79	26.490.385,06
Bilanzsumme	175.064.253,82	240.300.326,71

Die Aktivierung des Anlagevermögens erfolgt seit Gründung der BGZ-Gruppe nach der Nettomethode. Hierbei werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit dem erhaltenen Zuschuss direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2021 belaufen sich auf 65.147 T€. Der Betrag wurde in gleicher Höhe mit den Erstattungen des BMUV verrechnet.

Das Umlaufvermögen setzt sich aus den Vorräten mit 2.415 T€, den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen mit 130.208 T€ und den flüssigen Mitteln mit 1.308 T€ zusammen.

Die Vorräte beinhalten die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit 1.588 T€ und die geleisteten Anzahlungen für Vorräte mit 827 T€.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 748 T€, gegen Gesellschafter mit 124.934 T€ sowie den sonstigen Vermögensgegenständen mit 4.526 T€.

Das Eigenkapital enthält das gezeichnete Kapital (25 T€), die Kapitalrücklagen (1.210 T€), die Gewinnrücklage (1.250 T€) sowie den Konzern-Bilanzgewinn mit 528 T€.

In den Rückstellungen sind Pensionsverpflichtungen mit 35.154 T€ und sonstige Rückstellungen mit 86.848 T€ enthalten. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (16.431 T€), Rückstellungen für Stilllegungs- und Entsorgungskosten (67.564 T€) sowie für sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 2.645 T€.

Die Verbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (5.395 T€) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 6.919 T€. Darin enthalten sind im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden 6.654 T€. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Fälligkeit von bis zu einem Jahr.

Bei den Investitionen (65.147 T€) der BGZ-Gruppe in 2021 handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen für die Nachrüstung der zentralen Zwischenlager und IT-Ausrüstung. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Erstattungen aus dem Bundeshaushalt.

Die Kapitalstruktur der BGZ-Gruppe setzt sich wie folgt zusammen:

Der Cashflow der BGZ-Gruppe aus der laufenden Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 31.12.2021 stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
Kurzfristige Vermögenswerte	133.111.324,92	192.488.889,76
Langfristige Vermögenswerte	41.952.928,90	47.811.436,95
Vermögenswerte	175.064.253,82	240.300.326,71
Kurzfristiges Fremdkapital	31.651.648,74	108.268.734,73
Langfristiges Fremdkapital	102.718.630,86	85.776.212,87
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	37.680.877,72	43.481.126,64
Eigenkapital	3.013.096,50	2.774.252,47
Eigenkapital und Schulden	175.064.253,82	240.300.326,71
	2021	2020
	€	€
Periodenergebnis	238.844	227.056
Abschreibungen/Zuschreibungen	5.782.440	5.892.372
Erhöhung/Verminderung der Rückstellungen	-50.723.716	-4.734.337
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.800.249	-5.914.517
Erhöhung/Verminderung der Vorräte/Forderungen	61.759.902	-13.090.532
Erhöhung/Verminderung der Verbindlichkeiten	-14.122.313	11.134.319
Zinsaufwendungen/Zinserträge	8.934.588	7.247.737
erhaltene/gezahlte Zinsen	0	0
Ertragsteuerzahlungen	-12.484.179	-9.988.903
Ertragsteueraufwand/-ertrag	6.090.932	9.404.232

	2021 €	2020 €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-323.752	177.427

Die flüssigen Mittel betragen zum Jahresende rd. 1.308 T€.

Die BGZ-Gruppe kann ihren Zahlungsverpflichtungen aufgrund der vom Gesellschafter im Rahmen des Konzern-Wirtschaftsplans genehmigten Finanzmittel jederzeit nachkommen.

Für die Jahre 2022 und 2023 rechnet die BGZ-Gruppe mit Investitionen von 142.592 T€ bzw. 183.304 T€. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Investitionen für den Bau bzw. die Nachrüstung und Autarkie der Standortzwischenlager.

Kennzahlen/BGZ mbH

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2021 €	2020 €
Umsatzerlöse	30.521.944,65	30.082.257,07
Andere aktivierte Eigenleistungen	4.791.821,44	2.784.317,00
Sonstige betriebliche Erträge	180.666.494,61	205.089.407,86
Materialaufwand	128.773.552,37	152.427.738,42
Personalaufwand	44.555.201,21	36.788.464,94
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.262.080,10	35.083.687,08
Beteiligungsergebnis	228.964,00	241.261,00
Zinsergebnis	-7.326.728,98	-5.188.053,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.017.207,86	8.459.303,58
Ergebnis nach Steuern	274.454,18	249.994,95
Sonstige Steuern	49.454,18	24.994,95
Jahresüberschuss	225.000,00	225.000,00

Die Umsatzerlöse entfallen im Wesentlichen auf die Bereiche Lagerdienstleistungen (29.713 T€) und Ingenieurdienstleistungen (639 T€).

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres in Höhe von 177.446 T€.

Der Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.166 T€) und bezogene Leistungen (127.607 T€).

Der Personalaufwand (44.555 T€) beinhaltet die Aufwendungen für Altersversorgung (2.251 T€).

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2021 keine Abschreibungen an.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 29.262 T€. Davon entfallen im Wesentlichen auf Rückstellungszuführung 7.815 T€, 4.756 T€ auf Wartungs- und Instandhaltungskosten, auf Miet-/Leasing-Aufwendungen 3.551 T€, auf Energie- und Reinigungskosten 2.420 T€, 1.588 T€ auf Versicherungen sowie auf EDV-Dienstleistungen 1.599 T€.

Das Beteiligungsergebnis beträgt 229 T€.

Das negative Zinsergebnis (-7.327 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen (-7.338 T€).

Insgesamt wurde ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 274 T€ erzielt. Nach Abzug der sonstigen Steuern von 49 T€ beläuft sich der Jahresüberschuss auf 225 T€.

Das Geschäftsjahr 2021 war für BGZ ein insgesamt positives Jahr.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
Anlagevermögen	5.005,55	5.005,41
a. d. Vermögensverrechnung	114.386.415,59	173.827.238,23
Bilanzsumme	114.391.421,14	173.832.243,64
Eigenkapital (vor Gewinnverwendung)	2.710.141,00	2.485.141,00
Rückstellungen	92.402.323,67	137.400.889,66
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	19.278.956,47	33.946.212,98
Bilanzsumme	114.391.421,14	173.832.243,64

Die Aktivierung des Anlagevermögens erfolgt nach der Nettomethode. Hier werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit dem erhaltenen Zuschuss direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2021 belaufen sich auf 60.115 T€, die in gleicher Höhe vom BMUV erstattet wurden.

Das Umlaufvermögen setzt sich im Wesentlichen aus den Vorräten mit 2.167 T€, den Forderungen mit 107.095 T€, den sonstigen Vermögensgegenständen mit 3.655 T€ und den flüssigen Mitteln mit 1.012 T€ zusammen.

Die Vorräte beinhalten die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit 1.339 T€ sowie die geleisteten Anzahlungen für Vorräte mit 828 T€.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 300 T€, gegenüber verbundenen Unternehmen mit 2.955 T€, gegen Gesellschafter mit 103.840 T€ sowie den sonstigen Vermögensgegenständen mit 3.655 T€.

Das Eigenkapital enthält das gezeichnete Kapital (25 T€), die Kapitalrücklage (1.210 T€), die Andere Gewinnrücklage (1.250 T€) sowie den Jahresüberschuss mit 225 T€.

In den Rückstellungen sind Pensionsverpflichtungen mit 34.434 T€ sowie sonstige Rückstellungen mit 57.968 T€ enthalten. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 16.027 T€ und für Stilllegungs- und Entsorgungskosten (39.112 T€).

Die Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (5.206 T€), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 7.374 T€ sowie Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden (6.653 T€).

Die Investitionen der BGZ (60.115 T€) in 2021 beziehen sich im Wesentlichen auf die Geschäftsausstattung und Anzahlungen auf Anlagen im Bau.

Die Kapitalstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
Kurzfristige Vermögenswerte	113.077.814,84	172.442.569,18
Langfristige Vermögenswerte	1.313.606,30	1.389.674,46
Vermögenswerte	114.391.421,14	173.832.243,64
Kurzfristiges Fremdkapital	38.134.795,40	115.680.774,74
Langfristiges Fremdkapital	73.546.484,74	55.666.327,90
Eigenkapital*	2.710.141,00	2.485.141,00
Eigenkapital und Schulden	114.391.421,14	173.832.243,64



* nach vorgesehener Thesaurierung

Die BGZ beschäftigte zum 31.12.2021 521 Mitarbeiter*innen.

Kennzahlen/Tochtergesellschaften

Die Umsätze der BLG (254 T€) und BZA (4.672 T€) beinhalten die Aufwandsabrechnung für das Jahr 2021 an die Drittkunden. Die sonstigen Erträge der BLG (20.279 T€) und BZA (9.593 T€) beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres.

Das Abfalllager in Gorleben (AZG) ist zu ca. 64 % ausgelastet. Im Transportbehälterlager Gorleben (BZG) befinden sich 113 Behälter. Im BrennelementZwischenlager Ahaus befinden sich insgesamt 329 Brennelementbehälter, das damit zu ca. 27 % ausgelastet ist.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter*innen

Im Berichtsjahr konnten vakante Fach- und Führungspositionen bedarfs- und qualifikationsgerecht besetzt werden. Im Kalenderjahr 2021 wurden insgesamt 81 Mitarbeiter*innen eingestellt. Dagegen haben dreizehn Mitarbeiter*innen das Unternehmen verlassen, davon sind vier Mitarbeiter*innen in den Ruhestand gegangen. Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2021 bei 2,7 %. Zum 31.12.2021 beschäftigte die BGZ somit 501 Mitarbeiter*innen.

Des Weiteren wurden zum 31.12.2021 neun Auszubildende und elf Aushilfskräfte beschäftigt. Die Auszubildenden werden als Industriekaufleute, Kaufleute für Büromanagement, Fachinformatiker*innen für Systemintegration und Elektroniker*innen für Betriebstechnik ausgebildet.

5. Risiko- und Chancenbericht

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken.

BGZ betreibt mittels organisatorischer Sicherungsmaßnahmen und interner Kontrollsysteme ein kontinuierliches konzerneinheitliches Früherkennungssystem. BGZ setzt im Sinne der Risikoerkennung verschiedene Kontrollwerkzeuge ein, um die aktuelle Unternehmenssituation laufend zu erfassen und bei Abweichungen entgegenzuwirken. Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sichern integrierte Kontrollen die Richtigkeit und Vollständigkeit.

Branchenspezifisches Risiko und Chancen

Die BGZ geht davon aus, dass der begonnene Suchprozess für das HAW-Endlager und dessen Errichtung für die längerfristige Zukunft teilweise erhebliche Auswirkungen auf einzelne Bereiche und Standorte der BGZ haben wird. Auch die Inbetriebnahme des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird das Geschäft der BGZ zukünftig beeinflussen.

Bewertung der gegenwärtigen Risikoposition

Der Betrachtungszeitraum entspricht dem Prognosezeitraum von einem Jahr. Als Ergebnis unserer Analyse von Risiken, Gegenmaßnahmen, Absicherungen und Vorsorgen sind auf Basis der gegenwärtigen Risikobewertung keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden.

Das gesamte Geschäftsfeld der BGZ besteht im Wesentlichen aus Ingenieur- und Lagerdienstleistungen.

6. Ausblick/Ergebnisentwicklung (BGZ mbH und BGZ-Gruppe)

Die Umsatz-, Aufwands-, Ergebnis-, Personal- und Investitionsplanungen für 2022 sind in einem mit dem Gesellschafter festgelegten Wirtschaftsplan dargestellt. Dieser Wirtschaftsplan ist eingebunden in eine mittelfristige Finanzplanung, die jährlich aktualisiert und mit dem Gesellschafter abgestimmt wird.

Aufgrund der Finanzierungszusagen des BMUV geht BGZ auch für 2022 von einer auf dem Niveau von 2021 liegenden nachhaltigen positiven Ergebnissituation aus. Die Liquidität der BGZ-Gruppe ist weiterhin gesichert.

Die Genehmigung für das Zwischenlager in Brunsbüttel wird in 2023 erwartet. Mit der Genehmigungserteilung soll auch das letzte verbliebene Zwischenlager für HAW-Abfälle auf die BGZ übertragen werden. Die vertraglichen Grundlagen für die Übertragung des Zwischenlagers wurden weitestgehend vorbereitet.

Weiterhin wird die Gesellschaft auch in 2022 die Maßnahmen zur erforderlichen Nachrüstung der HAW-Zwischenlager und die Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung eines autarken Zwischenlagerbetriebs an den Kernkraftwerkstandorten verfolgen.

Zukunftsbezogene Aussagen

Alle Ausführungen, insbesondere zu den zukünftigen Entwicklungen, beruhen auf Annahmen und Einschätzungen der BGZ aus Informationen, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung zur Verfügung standen. Diese Ausführungen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen, weshalb die tatsächlichen Ergebnisse abweichen können.

Die Gesellschaft hat die Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes noch nicht veröffentlicht.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021
BGZ GESELLSCHAFT FÜR ZWISCHENLAGERUNG MBH, ESSEN
AKTIVA

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN	5.005,55	5.005,41
I. Finanzanlagen	5.005,55	5.005,41
1. Beteiligungen	5.005,55	5.005,41
B. UMLAUFVERMÖGEN	113.928.811,00	173.462.685,17
I. Vorräte	2.166.603,00	1.349.711,29
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.339.291,29	1.339.291,29
2. geleistete Anzahlungen	827.311,71	10.420,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	110.749.724,92	170.805.271,96
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	300.228,91	669.058,21
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.955.173,11	0,00
3. Forderungen gegen Gesellschafter	103.839.808,78	157.381.734,67
4. sonstige Vermögensgegenstände	3.654.514,12	12.754.479,08
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.012.483,08	1.307.701,92
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	450.966,47	359.592,45
D. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG	6.638,12	4.960,61
	114.391.421,14	173.832.243,64

PASSIVA

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL	2.710.141,00	2.485.141,00
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	1.210.141,00	1.210.141,00
III. Gewinnrücklagen	1.250.000,00	1.025.000,00
IV.	225.000,00	225.000,00
B. RÜCKSTELLUNGEN	92.402.323,67	137.400.889,66
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	34.434.123,85	27.150.492,00



	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
2. Steuerrückstellungen	0,00	3.744.038,99
3. sonstige Rückstellungen	57.968.199,82	106.506.358,67
C. VERBINDLICHKEITEN	19.278.956,47	33.946.212,98
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.205.554,08	25.202.425,23
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7.373.704,73	8.167.470,09
3. sonstige Verbindlichkeiten	6.699.697,66	576.317,66
	114.391.421,14	173.832.243,64

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

	2021 EUR	2020 EUR
1. Umsatzerlöse	30.521.944,65	30.082.257,07
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	4.791.821,44	2.784.317,00
3. Gesamtleistung	35.313.766,09	32.866.574,07
4. sonstige betriebliche Erträge	180.666.494,61	205.089.407,86
5. Materialaufwand	-128.773.552,37	-152.427.738,42
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.166.226,19	-1.950.436,20
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-127.607.326,18	-150.477.302,22
6. Rohergebnis	87.206.708,33	85.528.243,51
7. Personalaufwand	-44.555.201,21	-36.788.464,94
a) Löhne und Gehälter	-36.614.730,13	-29.740.883,02
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-7.940.471,08	-7.047.581,92
- davon für Altersversorgung: EUR 2.251.191,09 (Vorjahr: EUR 1.903.600,48)		
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.262.080,10	-35.083.687,08
9. Betriebsergebnis	13.389.427,02	13.656.091,49
10. Erträge aus Beteiligungen	228.964,00	241.261,00
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.784,09	5.996,30
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.337.513,07	-5.194.050,26
13. Finanzergebnis	-7.097.764,98	-4.946.792,96
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.017.207,86	-8.459.303,58

	2021 EUR	2020 EUR
15. Ergebnis nach Steuern	274.454,18	249.994,95
16. sonstige Steuern	-49.454,18	-24.994,95
17. Jahresüberschuss	225.000,00	225.000,00

ANHANG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021

BGZ GESELLSCHAFT FÜR ZWISCHENLAGERUNG MBH, ESSEN

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) mit Sitz in Essen ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss wurde auf Rechtsgrundlage von § 65 Abs. 1 Nr. 4 Bundeshaushaltsordnung (BHO) nach den Kriterien für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Essen unter der Registernummer HRB 27981 eingetragen.

Mit Notarvertrag vom 07.05.2020 wurden zwölf Zwischenlager (LAW) der Kernkraftwerksbetreiber rückwirkend zum 01.01.2020 auf die BGZ unentgeltlich abgespalten. Mit der Abspaltung nach dem Umwandlungsgesetz auf die BGZ wurde die dingliche Zuordnung der Zwischenlager entsprechend bewirkt. Für die sechs Zwischenlager, die sich zum 01.01.2020 in Betrieb befanden – Biblis (AZB 1 [LAW-Lager¹], AZB 2 [LAW 2¹]), Obrigheim (AZO [Bau 39/52¹]), Unterweser (AZU 1 [LUW¹]), Stade (AZS [LarA¹]) und Würgassen (AZW [Transportbereitstellungshalle¹]) – gelten seitdem alle Handlungen der Kraftwerksbetreiber, die das abzuspaltende Vermögen betreffen, als für Rechnung der BGZ vorgenommen.

Im Hinblick auf die sechs zum 01.01.2020 in Errichtung befindlichen bzw. noch nicht in Betrieb genommenen Zwischenlager wurden vertragliche Regelungen dergestalt getroffen, dass die Zwischenlager erst ab deren Inbetriebnahme wirtschaftlich und betrieblich der BGZ zugeordnet werden und bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin im Verantwortungsbereich der Kernkraftwerksbetreiber verbleiben. Die Zwischenlager Unterweser (AZU 2 [LunA¹]), Philippsburg (AZP [SAL KKP¹]) und Neckarwestheim (AZN [SAL GKN¹]) wurden bereits im Verlauf des Jahres 2020 in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme des Zwischenlagers in Grafenrheinfeld (AZR [BeHa¹]) erfolgte in 2021, die der Zwischenlager Brunsbüttel (AZT [LasmA¹]) wird für 2022 und Krümmel (AZK [LasmA a.Z.¹]) in 2023 erwartet. Ab dem Inbetriebnahmezeitpunkt sind die Zwischenlager wirtschaftlich in Gänze der BGZ zuzuordnen.

Der Jahresabschluss der BGZ wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde die Bilanzgliederung um den Posten „Forderungen gegen Gesellschafter“ erweitert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Der Jahresabschluss der BGZ wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde die Bilanzgliederung um den Posten „Forderungen gegen Gesellschafter“ erweitert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

¹ Die Lager werden bei der BGZ unter neuer Bezeichnung geführt

Soweit für Pflichtangaben das Wahlrecht besteht, diese in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang aufzuführen, sind diese Angaben grundsätzlich im Anhang dargestellt.

Der Lagebericht der BGZ für das Jahr 2021 wurde in Anwendung von § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB mit dem Konzern-Lagebericht des BGZ-Konzerns zusammengefasst.

(1) Mutterunternehmen

Das Mutterunternehmen BGZ stellt einen Konzern-Abschluss gemäß § 290 HGB für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen auf, der im Bundesanzeiger offengelegt wird.

(2) Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der BGZ umfasst folgende Unternehmen:

	BGZ-Anteil %	Eigenkapital €	Ergebnis €
Brennelementlager Gorleben GmbH, Gorleben (BLG)	100,0	171.404,00	125.000,00
Brennelement-ZwischenlagerAhaus GmbH, Ahaus (BZA)	100,0	511.220,00	100.000,00

* Geschäftsjahr 2021

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2021 keine Abschreibungen an.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2021 keine Abschreibungen an.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundene Unternehmen sind mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Die sonstigen GmbH-Anteile sind zum Nennwert angesetzt.

Für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist ein Festwert (1.339 T€) gebildet. Die nächste Aufnahme findet zum 31.12.2023 statt.

Die geleisteten Anzahlungen auf Vorräte sind zu Nennwerten erfasst.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt.

Flüssige Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden geleistete Vorauszahlungen, die Aufwendungen für bestimmte zukünftige Zeiträume betreffen zeitanteilig abgegrenzt.

Bei den ausgewiesenen Rücklagen handelt es sich um eine Kapital- und eine Gewinnrücklage.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwert (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Als biometrische Grundlage wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 1,87 % zum 31.12.2021. Unter Berücksichtigung einer geringen Fluktuation wurden Rentenanpassungen mit 1,0 % bzw. 1,75 % p. a. und ein Gehaltstrend von 2,0 % eingerechnet.

Die Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2021 beinhalten einen Zinsanteil von 4.501 T€. Aufgrund der Änderung der Bewertungsgrundlage des Marktzinsses von sieben auf zehn Jahre ergibt sich ein ausschüttungsgesperrter Betrag in Höhe von 5.460 T€.

Soweit Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB vorliegt, entspricht die ausgewiesene Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen grundsätzlich dem Saldo des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages und des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens. Ein die Verpflichtung übersteigender beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens wird auf der Aktivseite der Bilanz in der Position „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus dem Deckungsvermögen mit den Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtung saldiert und im Zinsergebnis erfasst.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen auf die Geschäftstätigkeit des laufenden Jahres. Die sonstigen Steuern entfallen im Wesentlichen auf Grundsteuern.

Sonstige Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und berücksichtigen auch zukünftige Kostensteigerungen. Langfristige Rückstellungen werden entsprechend den handelsgesetzlichen Vorgaben abgezinst. Mit fortschreitendem Zeitverlauf werden die Rückstellungen neuen Erkenntnisgewinnen angepasst. Analog zu den Pensionsrückstellungen wurden die Rückstellungen für Jubiläums- und Sterbegeldverpflichtungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) gebildet. Für die Bewertung zum 31.12.2021 wurde abweichend zu den Pensionsrückstellungen der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Für die Bewertung zum 31.12.2021 wurde der entsprechende Zinssatz auf Basis der zum 30.11.2021 veröffentlichten Zinssatzinformationen auf den 31.12.2021 extrapoliert. Dieser Zinssatz beträgt 1,35 %.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen Rechnung getragen.

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der jeweiligen Bilanzpositionen ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes von 30,13 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Eine insgesamt sich hieraus ergebende Steuerentlastung würde in der Bilanz als aktive latente Steuer (15.887 T€) angesetzt werden. Die Gesellschaft macht von ihrem Aktivierungswahlrecht keinen Gebrauch.

Bilanzerläuterungen



(4) Anlagevermögen

Die Gliederung und Entwicklung der in der Bilanz zusammengefassten Anlagepositionen sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt. Die Aktivierung der Vermögensgegenstände erfolgt nach der Nettomethode. Hier werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit den erhaltenen Zuschüssen direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2021 belaufen sich auf 60.115 T€. In gleicher Höhe wurden erhaltene Zuschüsse verrechnet.

(5) Vorräte

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.339.291,29	1.339.291,29
Geleistete Anzahlungen	827.311,71	10.420,00
	2.166.603,00	1.349.711,29

(6) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2021 €	davon miteiner Restlaufzeit von übereinem Jahr €	31.12.2020 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	300.228,91	-	669.058,21
Forderungen an verbundene Unternehmen	2.955.173,11	-	-
Forderungen gegen Gesellschafter	103.839.808,78	-	157.381.734,67
Sonstige Vermögensgegenstände	3.654.514,12	1.308.600,75	12.754.479,08
	110.749.724,92	1.308.600,75	170.805.271,96

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in voller Höhe aus Lieferungen und Leistungen. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen die Forderung gegen deutsche Finanzbehörden aus Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag (1.275 T€) sowie eine Forderung 1.309 T€ an die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) (Vorjahreswert 1.385 T€).

(7) Flüssige Mittel

Unter den flüssigen Mitteln sind Kassenbestände sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammengefasst (1.012 T€).

(8) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Zur Insolvenzversicherung eines Teils der Pensionsverpflichtungen besteht zwischen BGZ und dem Helaba Pension Trust e.V. ein doppelseitiges Treuhandmodell.

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens in Höhe von 1.857 T€ wurde, soweit es sich um Fondsanteile handelt, vom Helaba Pension Trust e.V. unter Zuhilfenahme von Börsenkursen beziehungsweise allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zum Abschlussstichtag abgeleitet. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens (Fondsanteile) betragen 1.862 T€. Aus der Verrechnung des Deckungsvermögens mit den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.851 T€ gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB ergibt sich aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 7 T€.

(9) Gezeichnetes Kapital

Die Geschäftsanteile werden von folgendem Gesellschafter gehalten:

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Bundesrepublik Deutschland	25.000,00	25.000,00
	25.000,00	25.000,00

(10) Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage (1.210 T€) der BGZ stammt aus der im Rahmen der Abspaltung des Lagerbetriebs von der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) zugegangenen Reinvermögensmehrung.

(11) Andere Gewinnrücklagen

In die Bilanzposition „Andere Gewinnrücklagen“ wurde der Jahresüberschuss 2020 (225 T€) eingestellt.

(12) Rückstellungen

	2021 €	2020 €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	34.434.123,85	27.150.492,00
Steuerrückstellungen	0,00	3.744.038,99
Sonstige Rückstellungen	57.968.199,82	106.506.358,67
	92.402.323,67	137.400.889,66

Rückstellungspflichtige Pensionsverpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 36.285 T€ (Vorjahr 28.322 T€). Hiervon wurden in 2021 1.851 T€ mit dem zugehörigen Deckungsvermögen verrechnet und als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung ausgewiesen.

Im Vorjahr wurde Deckungsvermögen in Höhe von 1.172 T€ mit den Pensionsrückstellungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen liegen die „Richttafeln 2018 G“ zugrunde.

Sonstige Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen:

	2021 €	2020 €
Ausstehende Rechnungen	16.027.240,34	26.825.459,68
Ungewisse Verbindlichkeiten	0,00	48.685.000,00
Entsorgungsverpflichtungen	39.112.360,89	28.515.835,90
Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft	2.645.024,59	2.184.063,09

(13) Verbindlichkeiten

	31.12.2021		davon mit einer Restlaufzeit		31.12.2020
	€	bis zu einem Jahr €	von mehr als einem Jahr €	von mehr als fünf Jahren €	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.205.554,08	5.205.554,08	-	-	25.202.425,23
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7.373.704,73	7.373.704,73	-	-	8.167.470,09
Sonstige Verbindlichkeiten	6.699.697,66	6.699.697,66	-	-	576.317,66
	19.278.956,47	19.278.956,47	-	-	33.946.212,98

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Verbindlichkeiten aus dem Verrechnungs- und Finanzverkehr (11.042 T€), die mit Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (3.668 T€) verrechnet wurden.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Verbindlichkeiten aus Steuern	6.653.414,31	521.543,96
Verbindlichkeiten im Rahmender sozialen Sicherheit	-	-
	6.653.414,31	521.543,96

Sämtliche Verbindlichkeiten zum 31.12.2021 haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Besondere Sicherheiten für die Verbindlichkeiten bestehen nicht.

(14) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen beinhalten:

	2021 €	2020 €
Aus Bestellobligo	390.705.053,00	385.827.648,00
Aus Mietverpflichtungen 01.01.2021 bis 31.12.2025	11.780.674,81	11.760.213,73
Aus Miet-/Leasing-Raten 01.01.2021 bis 15.06.2024	1.231.461,83	627.711,95

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(15) Umsatzerlöse

	2021 €	2020 €
Lagerdienstleistungen	29.713.384,56	29.300.625,31
Ingenieurdienstleistungen	638.879,05	578.122,28
Sonstige	169.681,04	203.509,48
	30.521.944,65	30.082.257,07

Sämtliche Umsätze wurden in Deutschland erzielt.

(16) Sonstige betriebliche Erträge

Hierin sind im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres durch den Gesellschafter in Höhe von 177.446 T€ sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.878 T€) enthalten. Darin enthalten ist der Betrag für die Auflösung der Rückstellung für ausstehende Rechnungen (1.618 T€).

(17) Materialaufwand

	2021 €	2020 €
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.166.226,19	1.950.436,20
Aufwendungen für bezogene Leistungen	127.607.326,18	150.477.302,22



	2021 €	2020 €
	128.773.552,37	152.427.738,42

(18) Personalaufwand

	2021 €	2020 €
Löhne und Gehälter	36.614.730,13	29.740.883,02
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	7.940.471,08 (2.251.191,09)	7.047.581,92 (1.903.600,48)
	44.555.201,21	36.788.464,94

Mitarbeiter*innen (Jahresdurchschnitt)

	2021	2020
Gewerbliche Arbeiter*innen	12	13
Angestellte	480	394
	492	407

(19) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten:

	2021 €	2020 €
Mietaufwendungen und Leasing-Gebühren	3.551.416,36	3.289.064,68
Zuführung Rückstellungen	7.814.969,92	15.615.304,44
Versicherungen	1.587.970,62	1.479.321,62
Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung	4.755.878,52	5.239.568,77
EDV-Dienstleistungen	1.598.833,66	1.427.152,63
Energie und Reinigung	2.419.869,60	1.955.077,08
Übrige	7.533.141,42	6.078.197,86
	29.262.080,10	35.083.687,08

(20) Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis der BGZ beträgt 229 T€.

(21) Zinsergebnis



	2021 €	2020 €
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.784,09	5.996,30
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(-)	(-)
	10.784,09	5.996,30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.337.513,07	-5.194.050,26
(davon an verbundene Unternehmen)	(-)	(-)
	-7.326.728,98	-5.188.053,96

Das Zinsergebnis beinhaltet Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen sowie sonstiger langfristiger Rückstellungen in Höhe von -7.338 T€.

Die Erträge aus dem Deckungsvermögen (15 T€; Vorjahr 8 T€) wurden mit den Zinszuführungen für die gesicherten Pensionsrückstellungen (264 T€) und den Erträgen aus der Bewertung des Deckungsvermögens zum beizulegenden Zeitwert (16 T€) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert. Der sich ergebende Saldo von 233 T€ ist im Finanzergebnis unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ enthalten.

(22) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand ergibt sich aus den laufenden Steuern des Geschäftsjahres (6.017 T€).

(23) Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern belaufen sich auf rd. 50 T€.

(24) Vorschlag der Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 225 T€ soll thesauriert werden.

(25) Gesamtbezüge der Geschäftsführung

Die Gesamtbezüge (Gehalt und Nebenkosten, Sachbezüge) der Geschäftsführer der BGZ betragen in 2021 880 T€. Die Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen für die Geschäftsführer der BGZ betragen 181 T€ für 2021. Die Gesamtbezüge von Herrn Dr. Seeba betragen 333 T€ (inklusive Versorgungszuschläge), die von Herrn Graf 277 T€ und die von Herrn Köbler 270 T€.

(26) Honorare des Abschlussprüfers

Auf die Angaben zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese im Konzern-Abschluss der BGZ enthalten sind.

(27) Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres gab es keine Ereignisse von besonderer Bedeutung, die sich auf die Geschäftsfelder der BGZ auswirken.

(28) Geschäfte mit nahestehenden Personen

Bei der BGZ gibt es keine Geschäfte mit nahestehenden Personen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dr. Ewold Seeba

Vorsitzender der Geschäftsführung



Organe der Gesellschaft

	Logistikzentrum Konrad, Politik und Kommunikation
Wilhelm Graf	Technischer Geschäftsführer Betrieb, Zentrale Dienste, Genehmigungen
Lars Köbler	Kaufmännischer Geschäftsführer Controlling, Finanzen, Steuern, Recht, Einkauf, IT, Personalwesen

Essen, den 25. Februar 2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand am 1.1.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2021 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände				
	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen				
	0,00	0,00	0,00	0,00
I. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige GmbH-Anteile	5.005,41	0,14	0,00	5.005,55
	5.005,41	0,14	0,00	5.005,55
	5.005,41	0,14	0,00	5.005,55
	Abschreibungen			
	Stand am 1.1.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2021 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände				
	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen				
	0,00	0,00	0,00	0,00
I. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige GmbH-Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00

	Buchwerte		Aktiviere FK-Zinsen im Geschäftsjahr
	Stand am 31.12.2021 EUR	Stand am 31.12.2020 EUR	Stand am 31.12.2021 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	
Sachanlagen	0,00	0,00	
I. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	0,00	0,00	
Sonstige GmbH-Anteile	5.005,55	5.005,41	
	5.005,55	5.005,41	
	5.005,55	5.005,41	

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.



Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 25. Februar 2022

Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

gez. Richter, Wirtschaftsprüfer

gez. Quost, Wirtschaftsprüfer